

Diese Webseite verwendet Cookies, um Ihnen ein optimales Online-Erlebnis bieten zu können. Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. [Mehr Infos](#)

✕

[Aktuelles](#)[Neues aus den Ländern](#)[Über BZI](#)[Projekte](#)[Archiv](#)[Wissenswertes](#)[Impressum](#)

[BZI - Aktuell](#)

Diese Webseite verwendet Cookies, um Ihnen ein optimales Online-Erlebnis bieten zu können. Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. [Mehr Infos](#)

x

Tag der deutschen Einheit- Migrant*innen und Nachkommen fordern „Tag der deutschen Vielfalt“

03. Oktober 2018

Zu den Einheits-Feierlichkeiten erklären Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat, Migrant*innenverbände und Neue Deutsche Organisationen: Die deutsche Gesellschaft umfasst mehr als Ost- und Westdeutsche. Als Einwanderungsland brauchen wir endlich auch einen Tag der deutschen Vielfalt, symbolisch für alle.

Deutschland war es vor der Wende und ist es nach der Wende geblieben: Die Bundesrepublik ist ein Einwanderungsland. Menschen aus Einwandererfamilien leben in Ost und West, viele haben die Teilung und Wiedervereinigung miterlebt und mitgefeiert.

Es ist wichtig, dass die Wiedervereinigung jedes Jahr symbolisch gefeiert wird. Doch die deutsche Einheit wird üblicherweise aus einer rein „weißen“ Sicht betrachtet – deutschdeutsche Ostdeutsche wiedervereint mit deutschdeutschen Westdeutschen. Dass aber auf beiden Seiten viele Bindestrichdeutsche, also Menschen mit Migrationshintergrund dabei waren, wird meist vernachlässigt. Vergessen wird oft auch, dass die Wiedervereinigung für einen Teil unsere Gesellschaft mit rassistischen Erfahrungen einherging. Und: Bei einem großen Teil der ostdeutschen Bevölkerung gab es Entfremdungs- und Stigmatisierungserfahrungen. Diese Einheit bleibt unvollendet, wenn diese Geschichten nicht erzählt werden.

Ebenso wie das vereinte Deutschland braucht auch die Einwanderungsgesellschaft einen symbolischen Akt, der alle Gruppen anspricht und einbindet. Wir brauchen einen „Tag der deutschen Vielfalt“ – als Anerkennung der gesellschaftlichen Vielfalt in unserem Land. Denn es ist doch genau diese Vielfalt, die uns eint. Dabei geht es nicht um Minderheiten: mittlerweile haben 20 Millionen Menschen einen Migrationshintergrund. Dieses Land ist ihre Heimat geworden. Und die meisten Menschen in Deutschland finden das gut. Eine Mehrheit nimmt das Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft als etwas Positives wahr, wie der kürzlich erschienene Integrationsmonitor des „Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration“ zeigt.

Dieser Umstand sollte in einem „Tag der deutschen Vielfalt“ gewürdigt werden. Es wäre eine Chance unserer Gesellschaft ein positives Selbstbild zu geben, nach dem Motto: Wir stehen ein für eine plurale Republik, in der nicht Herkunft oder Aussehen entscheiden, wer dazu gehört. Der Tag würde uns die Gelegenheit geben, darüber nachzudenken, wer wir als Gesellschaft sind und wie wir in dieser Gesellschaft zusammenleben wollen. Ein Tag der Vielfalt bedeutet einen Raum der Identifikation zu schaffen und in einen Dialog zu treten. Gerade in Zeiten in denen völkisch-nationale Kräfte wieder Mauern bauen, braucht es eine starke Symbolik für Vielfalt.

Unterzeichnende Organisationen:

Bundesverband russischsprachiger Eltern; **Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat**, Deutscher Soldat, DeutschPlus, djo-Deutsche Jugend in Europa, Forum der Migrantinnen und Migrantinnen im Paritätischen, Korientation - Netzwerk für asiatisch-deutsche Perspektiven, Landesrat der Roma und Sinti Berlin-Brandenburg – RomnoKher Berlin Brandenburg; Initiative Schwarze Menschen in Deutschland; Iranische Gemeinde in Deutschland; Neue deutsche Medienmacher; neue deutsche Organisationen; Salaam-Shalom Initiative; Schülerpaten Berlin; Pan-African Women's Empowerment and Liberation Organisation; Polnischer Sozialrat; Türkische Gemeinde in Deutschland; Verband Deutsch-Syrischer Hilfsvereine; Verband für interkulturelle Wohlfahrtspflege, Empowerment und Diversity; Vereinigung Afrikanischer Mandatsträger*innen; VIA – Bundesverband für interkulturelle Arbeit

Diese Webseite verwendet Cookies, um Ihnen ein optimales Online-Erlebnis bieten zu können. Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. [Mehr Infos](#)

x



Eröffnung der Interkulturellen Wochen

Landshut, 22. September 2018

Auch in diesem Jahr finden mehrere tausend Veranstaltungen in vielen Städten und Gemeinden im Rahmen der Interkulturellen Wochen statt. BZI-Vorsitzender Lajos Fischer sprach bei der Eröffnung im bayerischen Landshut über die Notwendigkeit der Erneuerung unseres demokratischen Systems durch mehr Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in die politischen Einstellungen: *"Die westliche Welt, Europa und mittendrin Deutschland brauchen einen frischen Wind, der sie wieder zukunftsfähig macht. Keinen Orkan, der sie wegfeht und auch keinen, der aus dunklen vergangenen Zeiten kommt und einen frösteln lässt. Wir brauchen eine Avantgarde, die stark und doch sensibel ist, die Zuversicht vermittelt und anpacken kann. Die Zeit ist reif, dass wir, Menschen, die dank der eigenen Migrationsgeschichte oder der unserer Vorfahren in Deutschland leben, und all diejenigen, die die Zukunft unseres Landes mit uns gemeinsam gestalten wollen, diese Rolle übernehmen."*

Offener Brief an Bundesinnenminister Seehofer

15. September 2018

Sehr geehrter Herr Minister,

als Bürgerinnen und Bürger sind wir gerade in großer Sorge um unser Land. Wir sind besorgt, weil Rechtsextreme die Nachrichten dominieren, „Ausländer raus“ rufen – und damit uns meinen! Wir sehen schockiert die zum Hitlergruß ausgestreckten Arme und erinnern uns daran, dass dieses Land einst schon einmal versagt hat, den Anfängen zu wehren. Wir sind in Sorge, weil wir und unsere Kinder sich nicht überall sicher und frei bewegen können – wegen unseres Aussehens, unseres Namens oder Glaubens.

In diesen Zeiten wünschen wir uns von Ihnen als Bundesinnenminister ein deutliches Bekenntnis zur pluralen Republik. Als Zuständiger für innere Sicherheit würden wir von Ihnen gern hören, dass wir uns um das Wohlergehen unserer Kinder keine Sorgen machen müssen. Als Verfassungsschutzminister könnten Sie uns erklären, dass Sie und die Ihnen unterstellten Sicherheitsapparate sich garantiert gegen alle Feinde der offenen Republik, Meinungsfreiheit und Demokratie stellen werden.

Aber das tun Sie leider nicht.

- Stattdessen sagen Sie, "die Mutter aller politischen Probleme" sei „Migration“. Damit lassen Sie bewusst die Interpretation zu, wir seien das Problem.
- Im Juni haben Sie sich geweigert, sich beim Integrationsgipfel mit Migrantenorganisationen und Neuen Deutschen Organisationen zu treffen, die viele von uns vertreten.
- Und Sie stehen hinter Verfassungsschutz-Chef Maaßen, der in dieser angespannten Lage mit seinen Äußerungen in Medien Rechtsextremen den Rücken stärkt und findet, es könnten ja auch keine „Hetzjagden“ in Chemnitz stattgefunden haben. Wir können Ihnen bestätigen, dass welche stattfinden.

Herr Seehofer, ein Heimatminister für alle Menschen im Land muss sich anders verhalten. Er muss für die Sicherheit aller Menschen sorgen und die Bedrohung von rechts endlich ernst nehmen. Ein Heimatminister für alle sollte die Gesellschaft nicht weiter spalten, sondern klar Haltung beziehen für die Grundwerte in unserem Land. Oder abtreten und das Amt jemandem überlassen, der das tut.

Unterzeichnet:

Antidiskriminierungsnetzwerk Berlin des TBB; AVIVA-Berlin; Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland; Bundesweiter Verband migrantischer Organisationen im Bereich Migration und Entwicklung – MEPa; Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat; Daughters and Sons of Gastarbeiters; Deutschplus – Initiative für eine plurale Republik; Deutsches Rotes Kreuz in Hessen Volunta gGmbH; FraTÖP e. V. – Türkische Stundenplattform Frankfurt, Göthe Protokoll München; Interkulturelle Musikinitiative „Bridges – Musik verbindet“; Interkulturelles Netzwerk Ostwestfalen-Lippe (OWL); Jugendmigrationsbeirat Berlin, Korientation – Netzwerk für asiatisch-deutsche Perspektiven; Kleiner Fünf; Literatur- und Theaterwerkstatt Berlin; Neue deutsche Medienmacher; neue deutsche organisationen; Polnischer Sozialrat; Türkisch-Deutsche Studierenden und Akademiker-Plattform (TD-Plattform); ReachOut – Beratungsstelle für Opfer rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt; Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg (TBB); Türkische Gemeinde in Deutschland; Salaam-Schalom Initiative; Schülerpaten Deutschland; The Muslim Story; Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e.V. – Geschäftsstelle Leipzig und Landesgeschäftsstelle NRW; Vietnamzentrum e.V.; Zentralrat der Serben in Deutschland

Diese Webseite verwendet Cookies, um Ihnen ein optimales Online-Erlebnis bieten zu können. Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. [Mehr Infos](#)

x

Pressemitteilung des BZI zu den Ereignissen in Chemnitz

29. August 2018

Der Tod eines Deutschen, nach einer Messerstecherei in Chemnitz kann diese Jagd, diese rassistischen Aufmärsche oder gar diese rechte Hetze auf Ausländer nicht rechtfertigen. Weder legitimiert der Vorfall diese Rechtswidrigkeit und den Aufruf zur Selbstjustiz. Die Wahrung der inneren Sicherheit in einem Rechtsstaat ist und bleibt die Aufgabe des Staates und seiner Sicherheitsbehörden.

Dass ein Bundestagsabgeordneter Selbstjustiz guthießt, zeigt, wie sehr die Hemmschwelle zum Aufruf zur rassistischen Gewalt gesunken ist. Nur eine Distanzierung der AfD-Fraktion zu diesen Äußerungen, halten wir nicht für ausreichend und fordern die Aufhebung der Immunität von Markus Frohnmaier! Gleichzeitig fordern wir die Staatsanwaltschaft, gegen den Bundestagsabgeordneten der AfD, wegen des Aufrufs zur Gewalt und Volksverhetzung tätig zu werden.

In Sachsen ist in den letzten Jahren am deutlichsten sichtbar geworden, wie das Thema Zuwanderung die Menschen spaltet, weil die Reaktionen dort am extremsten waren. Dort entstand Pegida, nahmen die fremdenfeindlichen Übergriffe auf Ausländer zu, wurde der Anschlag auf eine Moschee in Dresden verübt. Dort existiert eine radikalisierte Basis, die jeden Anlass zum Vorwand nimmt, um gegen Migrantinnen und Migranten zu hetzen. Fehlt es der Politik vor Ort am Willen, dem Problem auf den Grund zu gehen?

Wir als BZI konstatieren, dass die Landesregierung in Sachsen keine klare Orientierung vorgibt. Sie muss diesem Problem auf den Grund gehen, konsequent die Ursachen aufdecken und diese abstellen. Wir verurteilen die Aufmärsche der Radikalen in den letzten Tagen und rufen die Politiker in Sachsen auf, sich deutlich gegen diese Missstände zu stellen! Die Mehrheit ist gegen Rassismus, Ausgrenzung und Diskriminierung, sie sind nicht alleine.

Wir fordern, für ein offenes und vielfältiges Zusammenleben, eine kohärente bundesweite Initiative gegen Rassismus und die Stärkung der politischen Partizipation von Migrantinnen und Migranten, um die Vielfalt unsere Bevölkerung auch in der Politik widerzuspiegeln. Um gemeinsam Entscheidungen zu treffen, damit solche Missstände nicht permanent unser Land in den Verruf bringen, und Menschen, die anders aussehen, nicht in Deutschland in Angst vor rechter Gewalt leben müssen.

Gerne unterstützen wir die Bundes- und Landesregierung hierbei."

Pressemitteilung des BZI:

Deutschland noch vielfältiger: Die Schritte für die Stärkung der Demokratie fehlen noch

02. August 2018

Das Statistische Bundesamt teilte gestern (01.08) mit, dass fast jeder Vierte in Deutschland einen Migrationshintergrund hat. Dazu erklärt der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI):

"Die Zahl der Menschen mit Migrationshintergrund ist im Vergleich zum Vorjahr um 4,4 Prozent gestiegen und macht damit 23,4 Prozent der Gesamtbevölkerung aus. Das teilte gestern das Statistische Bundesamt mit.

Ein wichtiger Fakt aus den Ergebnissen der Mikrozensus ist, dass nur die Hälfte der 19,3 Millionen Menschen mit Migrationshintergrund einen deutschen Pass besitzt. Nicht ohne Grund ist Deutschland im europäischen Vergleich bei Einbürgerungen seit Jahren ein Hinterbänkler. Das bedeutet aber auch, dass ein Großteil der Bevölkerung von parlamentarischen Wahlen ausgeschlossen ist, sei es auf kommunaler und Landesebene oder bei den Bundestagswahlen. Wir fordern eine erleichterte Einbürgerung, die Hinnahme von Mehrstaatigkeit, kommunales Wahlrecht für Drittstaatsangehörige und ein modernes, tragfähiges Einwanderungsgesetz. Das sind notwendige Schritte zur Stärkung unserer Demokratie.

Laut den Ergebnissen wird in 2,5 Millionen Haushalten vorwiegend eine nicht-deutsche Sprache gesprochen. Diese Mehrsprachigkeit ist eine wichtige Ressource in einer globalisierten Welt, die zu schätzen und zu fördern ist. Wir plädieren daher für eine gesellschaftliche Wertschätzung der Mehrsprachigkeit."

Diese Webseite verwendet Cookies, um Ihnen ein optimales Online-Erlebnis bieten zu können. Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. [Mehr Infos](#)

x

Pressemitteilung des BZI:

Prozess in München ist nur eine Etappe! Für NSU-Aufarbeitung braucht es eine Enquete-Kommission

10. Juli 2018

Nach einem mehr als fünf Jahre andauernden Prozess in München wird am morgigen Mittwoch (11. Juli) das Urteil gegen die Haupt- und Nebenangeklagten im NSU-Prozess fallen. Hierzu erklärt der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI):

Die Aufarbeitung der rassistischen Taten der rechtsextremen Terroristen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) ist auf den Ebenen der Landtage und des Bundestages durch die Untersuchungsausschüsse erfolgt. Die Urteilsverkündung bedeutet durch die juristische Bearbeitung des Falles eine weitere entscheidende Zäsur. Als Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) fordern wir die Einrichtung einer Enquete-Kommission im Deutschen Bundestag, um die Sicherheitsarchitektur unseres Landes zu optimieren.

Die NSU-Verbrechen haben auf eklatante Weise vor Augen geführt, dass die Sicherheitsarchitektur unseres Landes auf verschiedenen Ebenen nicht hinnehmbare Schwächen aufweist. Schwerwiegende Fehler und Kommunikationslücken bei den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern, Polizei, Landesbehörden für Verfassungsschutz und Staatsanwaltschaften haben das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger an unseren Rechtsstaat erschüttert. Die Verkündung des Urteils wird es bei Weitem nicht leisten können, dieses 14 Jahre andauernde Staatsversagen hinsichtlich der rassistischen Taten der Terrorgruppe zu reparieren. Weitere Schritte für die Bekämpfung von Rechtsextremismus und rechter Gewalt sind nötig. Fälle wie die des Soldaten Franco A., Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte, Gewalt auf offener Straße gegen Ausländer*innen und bewaffnete Reichbürger bestätigen das anhaltende Gefährdungspotenzial der rechten Szene.

Die gerichtliche Aufarbeitung der Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrundes hat uns vor Augen geführt, dass es nicht reicht, die rassistischen Morde der NSU-Gruppe und deren Netzwerke aufzudecken. Mindestens genauso wichtig ist es, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unter die Lupe zu nehmen und Handlungskonzepte zu erarbeiten: Mit welchen Mitteln lassen sich strukturell verankerte Vorurteile, diskriminierende Alltagsroutine, rassistische Denkmuster in staatlichen Behörden, bei der Polizei, in Schulen und in den Medien strategisch bekämpfen? Wie kann es sein, dass seit Anfang des Prozesses rechtsextremistische und rassistische Einstellungen in der Mitte unserer Gesellschaft angekommen und auf vielseitige Weise salonfähig geworden sind? Welche staatlichen und gesellschaftlichen Anstrengungen sind nötig, damit Menschen mit Migrationsgeschichte nicht marginalisiert, sondern partizipativ in die Mitte der Gesellschaft integriert werden? Wie schaffen wir es, dass die Medien mehr Interesse daran entwickeln, Empathie für die Opfer von Rassismus zu zeigen, statt die markanten Sprüche von Rechtspopulisten zu wiederholen?

Die geforderte Enquete-Kommission kann in diesem Sinne übergreifende Instrumente entwickeln, um zum einen die weiterhin offenen Fragen zum NSU-Verbrechen zu beleuchten und die bisherigen Ergebnisse der Untersuchungsausschüsse zu jurieren. Zum anderen kann sie initiieren, dass der gesetzliche Rahmen an die aktuellen Zustände angepasst wird und neue politische Instrumente entwickelt werden. Die Berichterstattung über die Ergebnisse kann eine notwendige gesellschaftliche Debatte auslösen. Die Enquete-Kommission ist auch für die Glaubwürdigkeit und Verbindlichkeit der Maßnahmen der letzten Jahre sowie für die gesellschaftliche Aufarbeitung dieser grausamen Taten nötig. Sie ist auch ein klares Bekenntnis für das friedliche Zusammenleben, angesichts des wachsenden Rassismus und der Diskriminierung in Deutschland, die sich in der Gesellschaft aber auch in der Politik breit machen.

Diese Webseite verwendet Cookies, um Ihnen ein optimales Online-Erlebnis bieten zu können. Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. [Mehr Infos](#)

x



Zu Gast bei der Kanzlerin: Schwerpunkte des 10. Integrationsgipfels waren Demokratie, Zusammenhalt und Werte

13. Juni 2018, Berlin

Welche Werte sind uns wichtig? Was bedeutet Heimat in der Einwanderungsgesellschaft? Wie können wir Teilhabe sichern und die Demokratie stärken? Wer ist WIR? Diese und andere Fragen standen im Zentrum des diesjährigen Integrationsgipfels im Bundeskanzleramt.

In ihrer Rede betonte Bundeskanzlerin Angela Merkel: "Es ist wichtig zu verhindern, dass bestimmte Dinge in der Gesellschaft versteinern."

Eine wichtige Neuigkeit aus dem Gipfel: Der Nationale Aktionsplan Integration wird fortgeschrieben.

In dem Gipfel präsentierte Marta Neüff, Vorsitzende des Polnischen Sozialrats, die gemeinsame Stellungnahme der

Migrant*innenorganisationen, an dem natürlich auch der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat mitgewirkt hat: "Gemeinsam Demokratie stärken, gemeinsam Werte leben".

Lesen Sie die Stellungnahme in voller Länge:

[Text der Stellungnahme](#)



Der BZI hat einen Vorstand gewählt

3. Juni 2018, Berlin

Der Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat (BZI) hat einen neuen Vorstand gewählt: Jose Paca, Memet Kılıç, Lajos Fischer (Vorsitzender), Argyri Paraschaki, Kemal Gülçehre, Hamidou Bouba, Werner Ruprecht (von links nach rechts), Dr. Hussein Jinah und Satenik Roth (nicht auf dem Bild). Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit!

Diese Webseite verwendet Cookies, um Ihnen ein optimales Online-Erlebnis bieten zu können. Durch die Nutzung dieser Webseite erklären Sie sich mit der Verwendung von Cookies einverstanden. [Mehr Infos](#)

x

**Förderer und Kooperationspartner
im Rahmen des Programms "Strukturförderung von Migrantenorganisationen auf
Bundesebene"**

Kontakt

Bundeszuwanderungs- und Integrationsrat

Bundesgeschäftsstelle:

Brunnenstr. 181, 10119 Berlin

Telefon: 030- 450 891 19

E-Mail: [office \[a\] bzi-bundesintegrationsrat.de](mailto:office@bzi-bundesintegrationsrat.de)

